



# DIE ROTE HILFE

## 4.2021

ZEITUNG DER ROTEN HILFE E.V. | 2 EURO | 47. JAHRGANG | C 2778 F | WWW.ROTE-HILFE.DE

S. 10  
REPRESSION

Tear Down Tönnies!  
Firma Tönnies verklagt  
Aktivist\*innen

S. 12

Im Räderwerk – Die  
gesetzlichen Grundlagen  
des Radikalenerlasses

S. 29  
SCHWERPUNKT

Soldat\*innen im Klassen-  
zimmer – Ein idealer Ort  
für Nachwuchswerbung

S. 43  
GET CONNECTED

Beständig gegen  
Grundrechte – Polizei  
und Tk-Bestandsdaten

S. 49  
REZENSION

Briefwechsel Christa  
Eckes und Hüseyin  
Çelebi

NICHT JEDER  
SOLDAT  
IST EIN  
NAZI

Aber verdammt viele  
Nazis sind Soldaten.

  
BRAUNES HEER

# BUNDESWEHR

■ Der Roten Hilfe e.V. ist es wichtig, männlich oder binär dominierte gesellschaftliche Verhältnisse in ihren Publikationen nicht sprachlich zu reproduzieren. Deshalb bittet das Redaktionskollektiv der *RHZ* alle Autor\_innen darum, in ihren Beiträgen Gender-Gap oder Gender-Sternchen zu nutzen. Sofern im Heft Beiträge abgedruckt sind, bei denen dies nicht der Fall ist, liegt das in einer ausdrücklichen Entscheidung der Autor\_innen begründet oder daran, dass bspw. ein historischer Text nachgedruckt wird. In beiden Fällen möchte das Redaktionskollektiv nicht durch eigenhändiges Gendern ein Bewusstsein vorspiegeln, dass bei den Autor\_innen beim Verfassen des Beitrags – aus welchen Gründen auch immer – tatsächlich nicht vorhanden war.



## WER IST DIE ROTE HILFE?

Die Rote Hilfe e.V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden. Politische Betätigung in diesem Sinne ist z.B. das Eintreten für die Ziele der ArbeiterInnenbewegung, der antifaschistische, antisexistische, antirassistische, demokratische oder gewerkschaftliche Kampf sowie der Kampf gegen Antisemitismus, Militarismus und Krieg. Unsere Unterstützung gilt denjenigen, die deswegen ihren Arbeitsplatz verlieren, Berufsverbot erhalten, vor Gericht gestellt und zu Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt werden oder sonstige Nachteile erleiden. Darüber hinaus gilt die Solidarität der Roten Hilfe den von der Reaktion politisch Verfolgten in allen Ländern der Erde.

*Aus der Satzung*

► **Fingerprint zur Prüfung von PGP-Schlüsseln der Roten Hilfe e.V.:**  
**3217 EC6F AA70 7697 F262**  
**BD69 8B1A 19B5 9042 69F8**

## EDITORIAL

### IN EIGENER SACHE

04 Geld her!

07 MOPR-Heim in Elgersburg – Spendenauf Ruf

### RECHT & UNORDNUNG

08 Polizei liebt diesen Trick

### REPRESSION

10 Tear Down Tönnies! Tönnies verklagt Aktivist\*innen

12 Im Räderwerk – Die gesetzlichen Grundlagen des Radikalenerlasses

15 Gefahr gebannt? Der Staat rüstet gegen Personalienverweigerung

18 Vier Jahre ZITiS – Ein staatliches Forschungsinstitut für behördliches Hacken

21 Senator, Pimmel und Polizei – Ein rechtsstaatliches Schurkenstück

### SCHWERPUNKT

24 Armee ohne Tradition?

25 Gesellschaft auf Kriegskurs

27 Krisengewinnlerin Bundeswehr – Militärische Amtshilfe unterläuft Reformen

29 Soldat\*innen im Klassenzimmer – Ein idealer Ort für Nachwuchswerbung

31 Gewissensprüfung – Kriegsdienstverweigerung in den 1980ern

32 Heimatschutz – Die Vorbereitung neuer Inlandseinsätze

35 Rechte Netzwerke – Die Justiz, das Hannibal-Netzwerk und ein Schlusstrich

38 Tag ohne Bundeswehr – Mit Adbusting gegen das Militär

41 Rechtsfreier Raum Afghanistan – Strafflosigkeit für NATO-Truppen

### GET CONNECTED

43 Beständig gegen Grundrechte – Zum Zugriff von Polizei auf Tk-Bestandsdaten

### AZADI

46 Azadi – Informationen des Rechtshilfefonds für Kurdinnen und Kurden

### REZENSION

49 Der Repression zum Trotz – Ein Briefwechsel mit historischer Bedeutung

51 Eine Mutter kämpft gegen Hitler – Notizen zu Irmgard Littens Bericht

### HISTORISCHES

54 Wir lassen jetzt nicht mehr los

### AUS ROTER VORZEIT

57 „An der Spitze der Bezirke ...“



# „An der Spitze der Bezirke ...“

## Die illegale Rote Hilfe Deutschlands in der Hauptstadt

Silke Makowski (Hans-Litten-Archiv)

**Der Bezirk Berlin-Brandenburg, der zeitweise auch Pommern umfasste, war stets eine der stärksten Gliederungen der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) und hatte im Sommer 1932 mit 95.021 Individualmitgliedern in 477 Ortsgruppen und hunderttausenden BeitragszahlerInnen in Kollektivmitgliedschaften den Spitzenplatz inne. Eine Eigenheit waren sicherlich die extremen Unterschiede zwischen der Metropole Berlin, die neben äußerst aktiven Basisstrukturen auch den Sitz des RHD-Zentralvorstands aufwies, und den Ortsgruppen in den ländlichen Gebieten Brandenburgs und Pommerns, die gegenüber der Hauptstadt in den Hintergrund gerieten.**

■ Recht erfolgreich war der Bezirk bei seinen Bemühungen gewesen, Frauen für die Solidaritätsarbeit zu gewinnen, und in mehreren Berliner Stadtteilen existierten sogar eigenständige RHD-Frauenaktivi. Mit einem Drittel lag der Anteil weiblicher Mitglieder im Frühjahr 1932 deutlich über dem reichsweiten Durchschnitt von knapp 27 Prozent. Zudem war es in Berlin-Brandenburg-Pommern gut gelungen, die parteilosen Roten HelferInnen für weitergehendes Engagement zu motivieren und mit dauerhaften Aufgaben zu betrauen: Im März 1932 waren 62 Prozent der RHD-FunktionärInnen nicht parteigebunden, während in anderen Regionen oft die Mehrheit der Posten mit KPD-Mitgliedern besetzt war.

Weil in der Hauptstadt das klassische Konzept der Ortsgruppe an seine Grenzen stieß, beschloss der Bezirksvorstand eine Umstrukturierung, die er in der RHD-Zeitung *Der Rote Block* im Februar 1932

erläuterte. Jeder der 25 Stadtbezirke bestand nun aus mehreren InstrukteurInnengebieten, die wiederum eine Reihe Bezirksgruppen umfassten, und auf unterster Ebene arbeiteten Häuserblock- und Betriebsgruppen, wobei alle Strukturen eigene Leitungen hatten. Zeitgleich traf die Berliner Rote Hilfe erste Vorkehrungen für ein mögliches Verbot, das in der sich verschärfenden Repressionssituation der späten Weimarer Republik immer realistischer wirkte. Deshalb wurde die Organisierung kleinteiliger gestaltet, indem beispielsweise im Wedding die Kassierung auf unabhängiger Fünferzellen umgestellt wurde, um die Kontakte untereinander zu begrenzen. In einem geschlossenen ArbeiterInnenmilieu, in dem sich die lokalen AktivistInnen kannten, blieb der Effekt allerdings überschaubar.

Insgesamt blieben die Schutzmaßnahmen oberflächlich und unvollständig, nicht zuletzt, weil die Roten HelferInnen mit der enormen Zahl an Prozessen und Gefangenen sowie der Beschaffung der notwendigen Unterstützungssummen chronisch überlastet waren. Zugleich mussten die staatlichen Angriffe auf die RHD abgewehrt werden, die durch Notverordnungen und Sondergesetze zunahmen.

Sogar die Machtübertragung an die Nazis im Januar 1933 wurde anfangs unterschätzt, doch schon nach wenigen Tagen setzte der NS-Terror mit immer härteren Schlägen gegen die Solidaritätsorganisation ein, unter anderem gegen das zentrale RHD-Bürogebäude in der Dorotheenstraße 77/78, in dem die Reichsleitung und der organisationseigene MOPR-Verlag tätig waren. Nach einer ersten Razzia am 14. Februar 1933 beschlagnahmten die Nazis das Haus am 2. März endgültig, und in den folgenden Tagen wurde die RHD reichsweit verboten.

Zu diesem Zeitpunkt hatte die Rote Hilfe bereits herbe Verluste auf allen Ebenen erlitten, denn im Rahmen der

Massenverhaftungen nach dem Reichstagsbrand in der Nacht zum 28. Februar 1933 wurden führende FunktionärInnen und Tausende BasisaktivistInnen festgenommen und brutal gefoltert oder sogar ermordet. Dadurch waren die organisationsinternen Kontakte abgerissen und die Strukturen in vielen Berliner Stadtteilen weitgehend zerschlagen, während ein Großteil der Mitglieder die Beitragszahlungen aus Angst einstellte. Nur in isolierten Straßen- und Häuserblockzellen sammelten KassiererInnen weiterhin Geld und organisierten Direkthilfe für die Familien der politischen Gefangenen aus der NachbarInnenschaft. Dasselbe galt für einzelne Ortsgruppen in Brandenburg und Pommern, in denen die verbliebenen GenossInnen rudimentäre Formen der Solidaritätsarbeit fortführten. Allerdings konnte die Bezirksleitung mit den kleineren Städten nur vereinzelt Austausch herstellen und konzentrierte sich deshalb auf Berlin, doch sogar hier dauerte es Monate, um neue Stadtteileitungen aufzubauen und die Zellen zu vernetzen.

Ein Durchbruch glückte erst, als im Herbst 1933 eine arbeitsfähige Bezirksleitung für Berlin-Brandenburg um den Sozialisten Hans Seigewasser gebildet werden konnte. In den ersten Wochen konnte die Abwärtsentwicklung zwar gebremst werden, aber die Fortschritte waren minimal, wie der RHD-Organisationsbericht Mitte November 1933 festhielt: „Nach vorsichtiger Schätzung dürften in Berlin etwa 3000 Mitglieder kassentechnisch erfasst sein. Jedoch (...) hat die Tendenz der Kassierung bis zu diesem Monat einen rückläufigen Charakter“ (SAPMO RY 1 I 4/4/27 Bl. 27). Tatsächlich rechneten nur die Stadtbezirke Lichtenberg und Zentrum Beiträge mit dem Bezirk ab, die früher erfolgreichen Spendensammlungen blieben eine Randerscheinung, und die Stimmung in der Mitgliedschaft hatte einen Tiefpunkt erreicht. Die vom NS-Terror schwer geschä-

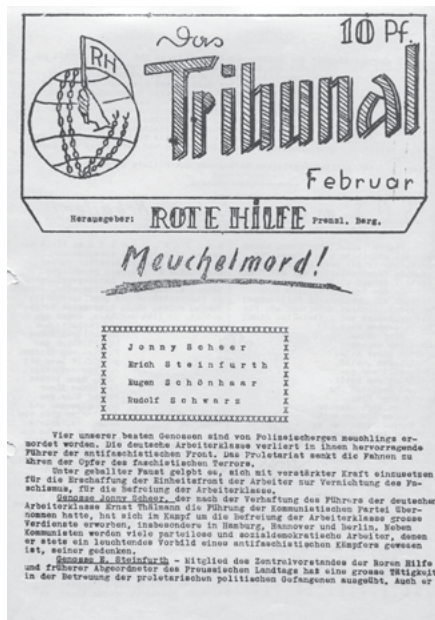


digten Leitungen waren kaum handlungsfähig, und dass die Auflage des *Informationsdienstes* der Bezirksleitung nur 50 Exemplare betrug, belegt die spärlichen Kontakte.

Bereits im Dezember stellten sich aber die ersten Erfolge ein, indem die Winterhilfskampagne mit großen Sammlungen zugunsten der Familien der gefangenen GenossInnen gute Erfolge verbuchte. Das erhöhte die Motivation der AktivistInnen und brachte vielen geschwächten Gruppen den ersehnten Mitgliederzuwachs.

Für die Effektivität ausschlaggebend war, dass der Bezirksvorstand nicht nur die Schlüsselressorts, sondern zusätzliche Zuständigkeiten umfasste, etwa für die Zusammenarbeit mit der SPD und für Pressearbeit. Prägend war auch der mit Hilde Lehmann aus Weißensee besetzte Posten der Frauenleiterin, die gemeinsam mit Hilde Seigewasser und Erna Bartz gezielt die weiblichen Mitglieder und SympathisantInnen für Mitarbeit und Spenden gewann. Weil die Aktivistinnen in der Weimarer Republik auch in der RHD oftmals in der zweiten Reihe gestanden hatten und meist den Massenverhaftungen durch die Gestapo entgangen waren, waren sie in der Illegalität von großer Bedeutung. In Berlin übernahmen nun viele Genossinnen verantwortungsvolle Aufgaben auf allen Ebenen, 1934 entwickelten sich die zwei Frauenaktive „Nordost“ und „Luxemburg“ mit einer eigenen RHD-Frauenzeitung, und Unterstützerinnen sammelten Solidaritätsgelder bei gut getarnten „Kaffeenachmittagen“.

Im Jahr 1934 hatte sich – trotz ständiger Rückschläge durch Verhaftungswellen und Großprozesse – die Solidaritätsorganisation gefestigt und auf die Anforderungen der Illegalität umgestellt. Im Mittelpunkt stand die finanzielle Unterstützung für die Familien der Inhaftierten, die eine zentrale moralische Stütze für den gesamten antifaschistischen Widerstand bildete. Weil die Basisgruppen die notwendigen Mittel bei weitem nicht aus den lokalen Sammlungen und Beiträgen decken konnten, zahlte der Zentralvorstand den Bezirken regelmäßig Zuschüsse. Am



Aus: *Der antifaschistische Widerstandskampf der KPD im Spiegel des Flugblattes 1933 – 1945. 240 Faksimiles und 6 originalgetreue Reproduktionen, zusammengestellt und eingeführt von Margot Pikarski und Günter Uebel, Frankfurt 1978*

Jahresende 1933 beispielsweise überließ er der Berliner Leitung 1106 RM für Unterstützungen. Ein Großteil der materiellen Solidarität spielte sich jedoch abseits des zentralen Kassenwesens ab, wie der Zentralvorstand im Halbjahresbericht im Sommer 1934 anmerkte: „Dabei muss noch berücksichtigt werden, dass grosse Summen in den untersten Gruppen in bar, in Form von Lebensmittelsammlungen und durch Patenschaftsarbeit aufgebracht werden, d.h. nicht durch die Organisation laufen und dadurch nicht in Erscheinung treten. Nach dem Märzbericht des Berliner B.V. wurden 800 bis 1000 Familien unterstützt“ (SAPMO RY I 4/4/27 Bl. 78).

Ein weiteres Aktionsfeld war die Öffentlichkeitsarbeit gegen den NS-Terror: In vielen Stadtteilen verkaufte die Rote Hilfe die Schriften der Bezirksleitung oder im Ausland gedruckte und eingeschmuggelte RHD-Publikationen, darunter die zentrale Zeitung *Tribunal*, an Mitglieder und SympathisantInnen. Diese

Materialien erreichten die Basisgruppen über ein flächendeckendes Netz klandestiner Verteil- und Anlaufstellen in den Vierteln, die von RHD-KurierInnen beliefert wurden. Ergänzend produzierten mehrere Unterbezirke eigene Schriften wie das *Tribunal Prenzlauer Berg* und *Kleines Tribunal* im Wedding, und im Sommer 1934 lobte der Zentralvorstand die produktive Hauptstadt: „An der Spitze der Bezirke marschiert Berlin mit 9 Unterbezirkszeitungen, die teilweise politisch und technisch glänzend aufgemacht sind“ (SAPMO RY I 1 4/4/27 Bl. 88). Öffentlichkeitswirksame Aktionen wie Streuzettelverteilungen, Parolen an Hauswänden oder Protestmärsche bei den Beerdigungen ermordeter GenossInnen waren hingegen mit sehr viel höheren Risiken verbunden, und oftmals folgten Repressionswellen, die neue Lücken in die Gruppen rissen.

Als großen Vorteil für den parteienübergreifenden Ausbau erwies sich der politische Werdegang Hans Seigewassers, der anfangs der SPD und dann der Sozialistischen Arbeiterpartei angehört hatte. Seine Beziehungen stärkten die RHD in nichtkommunistischen Spektralen, so dass die AnhängerInnen der verfeindeten ArbeiterInnenparteien zumindest in der Solidaritätsarbeit zusammenfanden. Im Sommer 1934 waren über die zentrale Kassierung 2700 Mitglieder erfasst, ergänzt durch ein großes Umfeld an UnterstützerInnen in Spendenkreisen, womit die Rote Hilfe zu den zahlenstärksten Widerstandsorganisationen gehörte.

Die erfolgreiche Entwicklung wurde im Herbst 1934 brutal zurückgeworfen, als der gesamte Bezirksvorstand – ebenso wie viele BasisaktivistInnen – innerhalb kurzer Zeit verhaftet wurde und nachrückende Leitungsmitglieder wie Curt Bartz ebenfalls vom anhaltenden NS-Terror getroffen wurden. Dadurch waren die Verbindungen zum in Berlin ansässigen illegalen Zentralvorstand und zwischen den Stadtteilen monatelang unterbrochen, doch um den Jahreswechsel formierte sich eine neue Bezirksleitung. Ein wichtiges Mitglied dieses Gremiums war Fritz

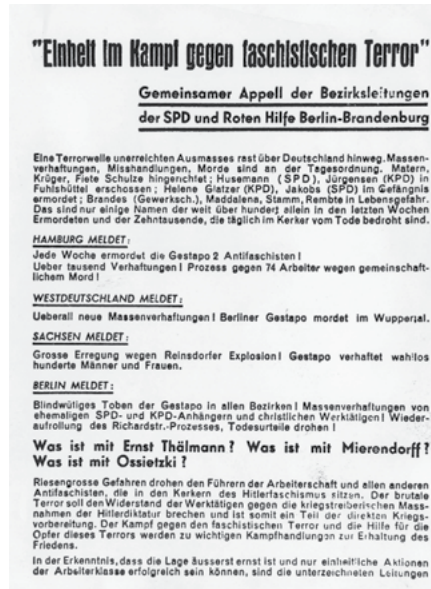


Hödel aus Weißensee, der die schwer getroffenen RHD-Strukturen wieder zu vernetzen versuchte und den von Seigewasser begonnenen Austausch mit sozialdemokratischen Kreisen intensivierte. Zumindest formal als größter Erfolg muss das Einheitsabkommen zwischen der RHD Berlin-Brandenburg und der SPD-Bezirksleitung gelten, das im Juni 1935 die Kooperation in der Solidaritätsarbeit festschrieb und auf zehntausenden Flugblättern verbreitet wurde. In den Folgewochen übergab die Rote Hilfe der örtlichen SPD wiederholt größere Beträge für die Unterstützung sozialdemokratischer Verfolger, und einige Aufrufe vermittelten den gemeinsamen Ansatz. Die Annäherung wurde jäh unterbrochen, als der Prager Exilvorstand der SPD, der jede Zusammenarbeit mit der RHD ablehnte, intervenierte und das Abkommen für ungültig erklärte.

Trotz der aktiven Bemühungen der RHD-Bezirksleitung blieben die seit Herbst 1934 abgerissenen Kontakte zu einem großen Teil der Berliner Unterbezirke unterbrochen, beispielsweise in den gesamten Südosten. Ein Bericht des Zentralvorstands vom Sommer 1935 zeigt mit nur etwa 500 Mitgliedern im Stadtgebiet einen enormen Einbruch gegenüber dem Vorjahr. Dass Steglitz-Zehlendorf mit 90 regelmäßig kassierten Roten HelferInnen mit großem Abstand an der Spitze stand, macht die Schwäche der Strukturen deutlich.

Immerhin gelang es, das System der unverbindlicheren Organisierung in Spendenkreisen auszubauen und andere antifaschistische Strömungen besser einzubinden. Wichtige Impulse lieferten die Betreuung durch InstrukteurInnen sowie die KurierInnen, die den Vertrieb von RHD-Publikationen ermöglichten. Einige Stadtteilgruppen konnten sich wieder stabilisieren, auch wenn größere Projekte wie Unterbezirkszeitungen der Vergangenheit angehörten.

Umso größere Bedeutung gewann nun der 14-tägig erscheinende Informationsdienst des Bezirksvorstands, der sich an FunktionärInnen richtete, und weil die



Quelle: Studienkreis Deutscher Widerstand,  
AN 219 (Repro)

Lieferungen des im Ausland gedruckten *Tribunal* zu gering waren, produzierte die Leitung eine im Abzugsverfahren hergestellte Zeitung dieses Namens. Zuständig für die Literaturproduktion war der so genannte Technik-Apparat um Charlotte Gerbeit und den Fotografen Max Treder, in dessen Wohnung ein Fotolabor und Vervielfältigungsapparate untergebracht waren. Die Schlüsselfunktion hatte Frieda Seidlitz inne, Hödels engste Mitarbeiterin, die als Verbindungsfrau zur RHD-Grenzstelle in Prag arbeitete und bei jeder Fahrt Tausende illegale Zeitungen, Broschüren und Flugblätter einschmuggelte. Indem sie diese zusammen mit den Berliner Druckschriften verteilte, stand sie nicht nur mit allen Strukturen der Bezirksleitung, sondern auch mit zahllosen Anlaufstellen der Stadtteilgruppen in Verbindung.

Zur Jahreswende 1935/36 strukturierte der Bezirksvorstand die Berliner Organisation um und teilte die 35 Unterbezirke, die bisher in drei Abschnitte mit insgesamt 11 Gebieten gegliedert waren, in nunmehr vier Stadtbezirke auf, denen jeweils eine dreiköpfige Leitung vorstand. Fritz Hödel betätigte sich als Politischer Leiter im nordöstlichen Abschnitt A, der

neben Pankow, Nördring, Weißensee und Prenzlauer Berg auch Friedrichshain und Lichtenberg umfasste. Mit der *Bruderhand* wurde hier die letzte regelmäßig erscheinende RHD-Lokalzeitung herausgegeben.

Doch bereits Ende 1935 hatten sich die Repressionsschläge gegen die Rote Hilfe gehäuft, und ab Februar 1936 erfassten die Massenverhaftungen praktisch alle Leitungsmitglieder, die ebenso wie Dutzende einfache BeitragszahlerInnen vor allem aus dem Nordosten in mehreren Prozessgruppen angeklagt wurden. Während viele unter den brutalen Folterungen zusammenbrachen und sich und ihre GenossInnen belasteten, stritten andere alles ab, was ihnen nicht unmittelbar nachgewiesen werden konnte – eine Strategie, die für solche Notfälle angeraten worden war und die einige Widerstandszellen erfolgreich vor Entdeckung schützte. Die Kurierin Frieda Seidlitz, die durch ihre Arbeit hunderte internationale und lokale AktivistInnen sowie klandestine Orte kannte, verweigerte trotz der unmenschlichen Verhörmethoden wochenlang die Aussage und beging schließlich Selbstmord, um ihre MitstreiterInnen nicht zu verraten.

Von diesem vernichtenden Schlag gegen die RHD im Stadtgebiet A und den Bezirksvorstand erholten sich die Solidaritätsstrukturen nie wieder, und es gelang nicht mehr, eine arbeitsfähige Leitung für Berlin einzusetzen. Auch in anderen Vierteln führten wiederholte Verhaftungswellen zu weiteren Schwächungen, doch die verbliebenen isolierten Kleingruppen und Spendenkreise führten die Solidaritätsarbeit in Form lokaler Direkthilfe teilweise bis zur Befreiung weiter. ❖

► Zum Weiterlesen:  
 Hans-Rainer Sandvoß, Die „andere“ Reichshauptstadt. Widerstand aus der Arbeiterbewegung von 1933 bis 1945, Berlin 2007, S. 347-361, ISBN 978-3-936872-94-1